

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Wirtschaftskrise: Geschenke an Unternehmen und die Arbeiter:innen sollen zahlen

Der deutsche Kapitalismus befindet sich in der nächsten Wirtschaftskrise und als Großmacht in einer Umwandlungsphase. Die Bundesregierung beschließt Milliardengeschenke an Unternehmen und Kürzungen im Sozialbereich. Gegen die Umverteilung von unten nach oben müssen wir Arbeiter:innen uns wehren – mit einer klaren gesellschaftlichen Perspektive.

Rezession, Stagnation, Pessimismus – in den letzten Monaten waren in den Erklärungen des Wirtschaftsministeriums und Medienberichten verschiedene Wasserstandsmeldungen über den Zustand der deutschen Wirtschaft zu hören. Tatsächlich kämpft der deutsche Kapitalismus gerade mit einer neuen Wirtschaftskrise: Bis auf die Elektroindustrie verzeichnen alle deutschen Kernindustrien derzeit entweder einen Rückgang oder eine Stagnation ihrer Produktion. Und dies, während die Folgen der letzten großen Krise von 2018/19 sowie der Corona-Pandemie noch nicht bewältigt sind: Die deutsche Industrieproduktion liegt bis heute unter ihrem Vorkrisenniveau von November 2017.

Mit „Deutschlandtempo“ raus aus der Krise?

Im Vergleich zu internationalen Konkurrenten wie den USA oder Frankreich, die besser durch die Krise gekommen sind, steht der deutsche Imperialismus gerade scheinbar geschwächt da. Zum Beispiel sinkt die Inflation hierzulande im Vergleich zu anderen Staaten nur sehr langsam, was auch die Unternehmen belastet. Vor allem aber haben der Überfall Russlands auf die Ukraine und die Zuspitzung weiterer Konflikte

– wie etwa um Taiwan – Deutschland wirtschaftlich vor größere Herausforderungen gestellt als andere Länder: Die BRD versucht derzeit im Eiltempo eine Unabhängigkeit von russischen Energieimporten zu erreichen, die Kriegsindustrie auszuweiten und muss ihre globale Wirtschaftsstrategie anpassen, die bisher darin bestand, durch Handel mit allen „geräusch-



los“ zur Großmacht zu wachsen. Und das, während die Umstellung der Industrie auf eine neue („grüne“) Technologiebasis noch mitten im Gang ist.

Alle diese Maßnahmen dienen jedoch langfristig gerade dazu, das deutsche Kapital international zu stärken und Deutschland auf eine neue Stufe als imperialistische Macht zu heben.

Dies rückt die momentanen Klagen von Unternehmer:innen und Politiker:innen, Deutschland sei ein Sanierungsfall, in ein anderes Licht. Und sie zeigt die treibende Rolle der Ampel-Koalition bei der Transformation Deutsch-

lands zur Großmacht: Die Regierung hat zuletzt verstärkt größere Infrastrukturprojekte und Modernisierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Und das durchaus mit hoher Geschwindigkeit: Im letzten Jahr ließ sie nach Kriegsbeginn in der Ukraine innerhalb von nur 10 Monaten ein Flüssiggas-Terminal in Wilhelmshaven errichten und Arbeiten an vier weiteren Standorten beginnen, um Alternativen zum russischem Gas zu schaffen. Bundeskanzler Scholz sprach bei der Eröffnung des Terminals vom neuen „Deutschlandtempo“.

In diesem Tempo sollen nun auch neue Windparks, Stromnetze, Zugstrecken und Industrieanlagen entstehen. Behördliche Prüfungen und Verfahren sollen zu diesem Zweck vereinfacht und beschleunigt werden. Die Regierung erweckt den Eindruck, davon hätten am Ende alle Menschen in Deutschland etwas.

Geschenke und Subventionen für die Kapitalist:innen

Der Ausbau Deutschlands zur Groß- und Kriegsmacht liegt aber sicher nicht im Interesse der Arbeiter:innenklasse – ebensowenig wie die Schritte, die dorthin führen sollen:

„Für reale Lohnerhöhungen kämpfen!“

Das unabhängige Arbeiter:innennetzwerk Betriebskampf organisiert Arbeiter:innen für ihre Interessen und unterstützt betriebliche wie auch politische Kämpfe. Wir haben mit Betriebskampf über die anstehende Tarifrunde der Länder gesprochen. > Seite 3

100 Jahre Hamburger Aufstand

Das Jahr 1923 gilt als eines der größten Krisenjahre der deutschen Geschichte. Gleichzeitig stand es kurz davor, zum Jahr der sozialistischen Revolution in diesem Land zu werden. Und obwohl der Hamburger Aufstand scheiterte, kann seine Tradition heute weiterleben. > Seite 4

Wie etwa weniger Datenschutz- und Umweltkontrollen. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die den kapitalistischen Unternehmen mehr Freiräume verschaffen, auch auf Kosten von Mensch und Umwelt zu expandieren – und die Kapitalverbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) nicht umsonst schon seit langem fordern.

Deregulierung ist jedoch nicht das einzige Geschenk, das der Staat den Konzernchefs gerade macht. Seit einigen Monaten bereitet die Regierung Ausgleichszahlungen für hohe Energiekosten etwa der Chemie- und Metallindustrie vor.

terchips im eigenen Land, auch weil der Taiwan-Konflikt die weltweiten Lieferketten für Chips bedroht.

Von den Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten profitieren nicht nur Chip-Produzenten. Auch die Rüstungsindustrie reibt sich die Hände, schließlich gibt es seit der von Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ und der Bereitstellung eines 100 Milliarden-Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr einen regelrechten Auftragsboom. Der Rüstungskonzern Rheinmetall verzeichnete im Jahr 2022 gar einen Rekordgewinn.

Angriffe auf die Arbeiter:innen-klasse

Die Krisenpolitik der Regierung ist also nicht von der Politik für die Transformation des deutschen Imperialismus zu trennen. Bezahlt werden soll alles aus den Taschen der Arbeiter:innen-klasse, vor allem über Steuergelder und die anhaltenden Teuerungen: Im Jahr 2022 gab es für die deutschen Arbeiter:innen mit durchschnittlich 4 % den

deutlichsten Rückgang der Reallöhne seit 2008. Das heißt, dass wir uns mit unserem Lohn, auch wenn wir vielleicht gewisse Erhöhungen und Inflationsausgleichszahlungen bekommen haben, trotzdem immer weniger leisten können.

Diese Tendenz können wir auch aktuell weiterhin beobachten. Die Abschlüsse in den Tarifverhandlungen mit der Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft im August oder der Abschluss in den Verhandlungen mit Verdi für den öffentlichen Dienst – immer wieder werden nominal zwar Lohnerhöhungen ausgehandelt. Die tatsächliche Inflation können diese Löhne aber nicht ausgleichen.

In Wahrheit organisieren die Gewerkschaften durch solche Abschlüsse die Reallohnsenkungen und die Umverteilung von unten nach oben selbst mit – und helfen damit Kapital und Staat bei der Krisen- und Transformationspolitik. Größte Mompäckung sind dabei die steuerfreien Einmalzahlungen, statt über die aktuellen Tarifabschlüsse anhaltende prozentuale Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Folgen dieser miserablen Tarifpolitik wird die Arbeiter:innenklasse noch über viele Jahre spüren.

Zwar hat die Bundesregierung im letzten Jahr auch allerlei Hilfspakete für die Bevölkerung präsentiert. Für uns Arbeiter:innen gab es aber bei weitem nicht so viele Hilfen wie für die Industriekonzerne – womit wir am Ende eben doch draufzahlen. Die Kosten für Krisenpakete, die z.B. in Form von Subventionen ans Kapital gehen, werden uns jetzt außerdem nachträglich wieder abgepresst, etwa durch Kürzungen der Gelder für Soziales im Bundeshaushalt 2024. Damit verabschiedet sich der Staat auch von kosmetischen Hilfsmaßnahmen für die Arbeiter:innen. Das „Deutschlandtempo“ soll jetzt auch bei der Verarmung Einzug erhalten.

Kampf für den Sozialismus auf der Straße und in den Betrieben

Die Industrie wird finanziell unterstützt und die Transformation Deutschlands zur Kriegsmacht vorangetrieben, während wir Arbeiter:innen die Kosten tragen sollen. Dabei tischen uns die Kapitalist:innen immer wieder ihre Märchen auf: „Wirtschaft sind wir alle“.

Es ist richtig, dass wir Arbeiter:innen die tragende Rolle in der Wirtschaft spielen. Wir sind es, die den Reichtum und Wohlstand dieser Gesellschaft erarbeiten. Doch wir bekom-

men von diesem Reichtum stets nur das für uns Allernötigste ab, während der Großteil in die Taschen der Kapitalist:innen wandert. Wenn uns erzählt wird, dass es allen gut geht, wenn die Konzerne groß gemacht werden, verschleiert dieses Gerede das Klassen- und Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus.

Die Lasten der im Kapitalismus regelmäßig auftretenden Krisen und der imperialistischen Konkurrenz werden immer auf uns Arbeiter:innen abgewälzt: In Krisenzeiten steigt die Arbeitslosigkeit, wir bekommen weniger Lohn, wir haben weniger Rechte.

Was folgt daraus? Es ist nur möglich, eine Verbesserung unserer Lage zu erkämpfen, wenn wir uns konsequent gegen die kapitalistische Produktionsweise und diejenigen, die sie verteidigen, wenden.

Momentan können wir in ganz Deutschland an verschiedenen Orten sehen, dass Unzufriedenheit und auch Protest gärt. Um die allgemeine Streik- und Kampfbereitschaft zu untergraben und die Interessen der Kapitalist:innen zu verteidigen, müssen der Staat und seine Handlanger, wie etwa die gelben Gewerkschaften, immer größere Anstrengungen unternehmen. Für uns Arbeiter:innen heißt es deshalb: Auf die Angebote des Staates nicht eingehen, auf seine Tricks nicht hereinfallen!

Es ist darüber hinaus an uns, selbstbewusst eine Lösung in unserem Interesse einzufordern und zu erstreiten: Eine sozialistische Gesellschaft. Denn nur im Sozialismus basiert das Wirtschaftssystem auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Das heißt, Maschinen, Büros und Rohstoffe gehören nicht einzelnen Kapitalist:innen, sondern der ganzen Arbeiter:innenklasse.

Diese verwaltet die Produktion in einem gemeinschaftlichen Prozess und errichtet eine Planwirtschaft, welche die Aufgabe hat, die Bedürfnisse unserer Klasse maximal zu befriedigen. Dafür müssen die Unternehmen enteignet und in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Es gäbe dann keine Kapitalist:innen mehr, die uns Arbeiter:innen ausbeuten und in ihre eigenen Taschen wirtschaften.

Mit dieser gesellschaftlichen Perspektive müssen wir in die Kämpfe gegen die Umverteilung gehen.



Dabei sollen entweder Steuern für Unternehmen gesenkt werden oder Subventionen aus Steuergeld direkt in ihre Taschen fließen.

Hinzu kommen großzügige Ansiedlungsprämien, mit denen die BRD Unternehmen für den Aufbau von Standorten in Deutschland belohnt. Jüngst hat die Regierung zum Beispiel allein 10 Milliarden Euro Subventionen für den Bau eines Intel-Werks in Magdeburg versprochen. Immerhin mit 5 Milliarden Euro unterstützt der Staat den taiwanischen Konzern TSMC beim Aufbau eines Werkes in Dresden. Auch diese beiden Projekte sind strategisch: Deutschland will eine Industrie für Compu-

„In den Betrieben und auf der Straße für reale Lohnerhöhungen kämpfen!“

Das unabhängige Arbeiter:innennetzwerk Betriebskampf organisiert Arbeiter:innen für ihre Interessen und unterstützt betriebliche wie auch politische Kämpfe. Wir haben mit Betriebskampf über die anstehende Tarifrunde der Länder gesprochen.

Ende Oktober beginnen die Tarifverhandlungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Welche Bedeutung haben die Tarifverhandlungen?

Der TV-L gilt für 1,2 Millionen Beschäftigte, die bei den Bundesländern und landeseigenen Unternehmen angestellt sind. Außerdem gibt es viele Beschäftigte, zum Beispiel bei den freien Trägern der sozialen Arbeit, welche angelehnt an den TV-L bezahlt werden. Damit würden auch diese von möglichen Lohnerhöhungen profitieren.

Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten, besonders bei Mieten, Lebensmitteln und Energie, wird die Erreichung eines möglichst hohen Tarifabschlusses für viele zu einer existenziellen Frage.

Ein hoher Tarifabschluss ist dabei auch notwendig, um die Abwanderung von immer mehr Arbeitskräften aus den betroffenen Bereichen, wie z.B. der Erziehung, zu verhindern. Der Personalmangel stellt viele öffentliche Einrichtungen, Schulen und Kitas vor große Herausforderungen, z.B. in der Betreuung von Kindern. Auch in der öffentlichen Verwaltung können tausende Planstellen nicht besetzt werden, sodass man z.B. in Berlin Monate auf Dokumente warten muss.

Uns stellt sich also nicht nur die Frage einer besseren Entlohnung der Beschäftigten, sondern es geht auch darum, über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen den Personalmangel zu überwinden und so öffentliche Dienstleistungen zu gewährleisten, welche wir Tag für Tag nutzen.

Bereits in der letzten Tarifrunde haben die Beschäftigten eine drastische Reallohnsenkung hinnehmen müssen. Ein Grund mehr für eine kämpferische Tarifrunde?

Die Reallohnsenkungen der letzten Tarifrunde 2021, mit einer Nullrun-

de für 13 Monate und danach einer Erhöhung um 2,8%, sowie die weiter anhaltenden Preissteigerungen setzen die Forderung nach einer zweistelligen Lohnerhöhung auf die Tagesordnung.

Daran sehen wir, dass Verdi, die verhandelnde Gewerkschaft, nicht konsequent die Interessen der Beschäftigten vertritt. Die schönen Forderungen am Anfang jeder Tarifrunde werden schnell abgeschwächt und das Streikpotenzial nicht annähernd ausgeschöpft. Der Ansatz der Sozialpartnerschaft fährt den Beschäftigten eine Niederlage nach der anderen ein, so wie bei der TVöD-Runde diesen Frühling.

Den selbstorganisierten Protest von über 400 Sozialarbeiter:innen am 4. Juli 2023 in Berlin gegen die chronische Unterfinanzierung der Kinder- und Jugendnothilfe sehen wir als ein kämpferisches Beispiel, um den Druck in den Betrieben aufzubauen.

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst (TVöD) hat in diesem Jahr bereits weitere Reallohnsenkungen für die nächsten zwei Jahre für 2,5 Millionen Arbeiter:innen gebracht. Wie wird sich das Ergebnis auf den TV-L auswirken?

Der TVöD hat keine verbindlichen Auswirkungen auf den TV-L. Jedoch ist Verdi auch dort die verhandelnde Gewerkschaft gewesen. Für den TV-L ist ein ähnlicher Abschluss zu befürchten, d.h. eine hohe Laufzeit von 24 Monaten und geringe Lohnerhöhungen in mehreren Schritten. Der Reallohnverlust wird dann mit steuerfreien Direktzahlungen kaschiert. Es braucht aber tabellenwirksame Lohnerhöhungen, da die Preise ja auch dauerhaft hoch bleiben.

Wir müssen unsere Kolleg:innen organisieren, um den Druck in den Betrieben und auf den Straßen aufzubauen. Nur so besteht die Chance, Verdi zu ernstzunehmenden Tarifverhandlungen und die Vertreter der Länder zu realen Lohnerhöhungen zu zwingen.

Wie sind die einmaligen Inflationsausgleichszahlungen oder zeitlich begrenzte monatliche Sonderzahlungen zu bewerten, die bei zahlreichen Tarifverhandlungen in den letzten Jahren verhandelt wurden?

Die Nettozahlungen werden benutzt, um einen tatsächlichen Inflationsausgleich durch Lohnerhöhungen auf die lange Bank zu schieben bzw. komplett zu verhindern. Gleichzeitig sehen die Nettozahlungen gut aus bei der Präsentation der Ergebnisse. Der Verlust gegenüber einer prozentualen Lohnerhöhung muss erst berechnet werden. Der Reallohnverlust existiert trotz Einmalzahlungen und wird sich insbesondere in den kommenden Jahren im weiteren Sinken des Lebensstandards von immer mehr Arbeiter:innen bemerkbar machen.

Was sind eure konkreten Planungen für die Zeit der Tarifrunde?

Wir werden gemeinsam mit unseren Kolleg:innen und anderen Organisationen den Kampf für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gegen den Sozialabbau lautstark auf der Straße vertreten! Dafür planen wir unter anderem mit dem Solidaritätsbündnis Soziale Arbeit eine Demonstration für den 21.10. in Berlin. Wir werden unsere gemeinsamen Standpunkte im Sinne aller Arbeiter:innen auf die Straße tragen. Ob nach Tarif bezahlt, daran angelehnt, oder von der Kürzung der öffentlichen

Leistungen Betroffene, wollen wir gemeinsam aktiv werden und den Schulterschluss mit anderen Arbeitskämpfen suchen, z.B. der Krankenhausbewegung.

Von Verdi gibt es Termine für drei Verhandlungsrunden. Wir werden uns an Protesten beteiligen und zu den Warnstreiks mobilisieren. Gleichzeitig wollen wir die Auseinandersetzung der Beschäftigten im Betrieb fördern und die Tarifrunde für die Vernetzung von Betriebsgruppen, Aktivist:innen und interessierten Kolleg:innen nutzen. Denn während es an mancher Stelle Anläufe für die Aufnahme betrieblicher Kämpfe gibt, finden sich in anderen Bereichen große Leerstellen, während sich gleichzeitig Kolleg:innen an uns wenden, um auch dort aktiv zu werden.

Weiterhin beteiligen wir uns an der Solidaritätskampagne für Inés, eine Sozialarbeiterin und Gewerkschafterin, der aufgrund ihrer betrieblichen Aktivität von einem freien Träger gekündigt wurde. Sie hat an ihrer Schule Kolleg:innen über die Kürzungen des Berliner Senats informiert und die Einbeziehung von Sozialpädagog:innen in die laufenden Streiks der Lehrer:innen angeregt. Das wird in der Kündigung als Aufruf zum wilden Streik gewertet.

Wir stehen zusammen, mit Inés, den Sozialarbeiter:innen und allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir lassen uns nicht unterkriegen und legen damit heute den Grundstein für eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung von morgen.



Die Geschichte der Arbeiter:innenklasse lebendig halten: 100 Jahre Hamburger Aufstand

Das Jahr 1923 gilt als eines der größten Krisenjahre der deutschen Geschichte. Gleichzeitig stand es kurz davor, zum Jahr der sozialistischen Revolution in diesem Land zu werden. Und obwohl der Hamburger Aufstand scheiterte, kann seine Tradition heute weiterleben.

Wenn die Rede von Revolutionen in Deutschland ist, denken die meisten vermutlich an die bürgerliche Märzrevolution 1848 oder die Novemberrevolution 1918. Doch auch die Tage, die unter dem Namen „Hamburger Aufstand“ in die Geschichte eingegangen sind, waren Teil einer landesweit geplanten Revolution.

Klassenkampf von oben und unten

1923, fünf Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, waren die Lebensbedingungen der Arbeiter:innen erneut von Armut und Arbeitslosigkeit geprägt. Die Reparationszahlungen für den verlorenen Krieg wurden ebenso wie seine vorherige Finanzierung von der herrschenden Klasse auf die Arbeiter:innen abgewälzt. Eine unvorstellbare Inflation fraß ihren Lohn noch am selben Tag schon innerhalb weniger Stunden auf.

Die Arbeiter:innen nahmen die rapide Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen jedoch nicht einfach hin. Es kam zu großen Streikwellen, die

sich unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im ganzen Land ausbreiteten. Letztendlich führten sie sogar zur Absetzung der Regierung. Nachdem aber auch die neue SPD-Regierung im Sommer 1923 das Elend der Arbeiter:innen nicht linderte, erkannten viele die Notwendigkeit des Kampfes außerhalb des Parlaments.

Die KPD führte diesen Kampf für die Interessen der Arbeiter:innen am konsequentesten. Nachdem der erste Versuch einer sozialistischen Revolution 1918 gescheitert war, gründete sie sich, um in einem nächsten Anlauf das Ziel der Arbeiter:innenmacht zu erreichen. Die Zeit für einen landesweiten Aufstand sah sie schließlich im Oktober 1923 gekommen.

Aufstand in Hamburg

In Hamburg begann der Kampf am 23. Oktober am frühen Morgen. Organisiert durch die KPD wurden Polizeiwachen gestürmt und besetzt, um Waffen für die Arbeiter:innen zu besorgen. Dank der im verdeckten

stattfindenden Vorbereitungen war dies trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der Polizei erfolgreich. In den Straßen wurden Barrikaden gebaut, die es den Revolutionär:innen ermöglichten, sich selbst gegen die anrückende Reichswehrtruppen für mehrere Stunden zu verteidigen. 300 aufständische Arbeiter:innen hielten dem Feuer von 6.000 Mann aus Polizei, Reichswehr und Marine stand.

Die Stellung konnte aber nicht auf Dauer gehalten werden. Während zwar auch in Sachsen und Thüringen der Aufstand vorbereitet worden war, ließ die SPD-Regierung die Reichswehr einmarschieren, um aufständische Arbeiter:innen und Kommunist:innen schon im Vorhinein niederzuschlagen. Damit blieb die geplante Revolution ein Aufstand in Hamburg.

Entschlossenheit und Solidarität

Trotz seiner Niederlage war der Kampf der Arbeiter:innen ein ernsthafter Versuch, den Kapitalismus in

diesem Land zu stürzen. Es war vor allem der Unterstützung dieses Ziels durch die restlichen Arbeiter:innen Hamburgs zu verdanken, dass den Aufständischen ein verhältnismäßig geordneter Rückzug ermöglicht wurde. Sie boten Versorgung und Verstecke, während die Kapitalist:innen und ihr Staat alles in Bewegung setzten, um ihren Vergeltungsschlag gegen die Revolutionär:innen zu richten. Denen war auch keinesfalls der Mut genommen, sondern sie führten ihre Arbeit von da an im Untergrund oder an neuen Orten weiter.

An diesen Traditionen der Entschlossenheit und Solidarität im Moment des Kampfes können wir als Arbeiter:innen heute anknüpfen. Halten wir die Erinnerung an den Oktober 1923 am Leben und überlassen wir die Geschichtsschreibung nicht den Kapitalist:innen. Jeder Aufstand der ausgebeuteten und unterdrückten Menschen beweist, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen können.



PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
twitter.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>